

Das Aus für das Referenzertragsmodell? Der stille Tod der Windkraft in Süddeutschland – und warum das erst der Anfang ist



Der politische Kuhhandel beginnt

Was sich im neuen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD versteckt, ist nicht weniger als eine energiepolitische Zeitbombe für Süddeutschland. Ein harmlos klingender Satz – „Das Referenzertragsmodell wird auf den Prüfstand gestellt“ – entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Todesstoß für

Hunderte von Gemeinden, die sich bereits auf Windkraftprojekte eingestellt haben.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Wenn Politiker etwas „auf den Prüfstand stellen“, ist das Ergebnis meist vorher festgelegt. Es geht nicht um Verbesserung, es geht um Abschaffung. Die Lobbyisten der großen Energiekonzerne reiben sich bereits die Hände.

Das perfide System hinter dem Referenzertragsmodell

Lassen Sie uns Klartext reden: Das Referenzertragsmodell ist nichts anderes als eine künstliche Beatmung für Windräder, die eigentlich nie hätten gebaut werden dürfen. An windschwachen Standorten – und davon gibt es in Süddeutschland reichlich – werden Anlagen hochgezogen, die nur durch massive Subventionen überleben können.

Die Rechnung ist simpel: Je schlechter der Wind weht, desto mehr Geld gibt's vom Staat. Ein Windrad in Bayern, das nur 60% der Leistung eines Nordsee-Windrads bringt, bekommt dafür satte Zuschläge. Bezahlen darf das der Stromkunde über die EEG-Umlage. Ein Perpetuum mobile der Geldvernichtung.

Die wahren Profiteure des Systems

Wer profitiert wirklich? Nicht die Bürger vor Ort, die mit Schattenwurf, Infraschall und zerstörten Landschaften leben müssen. Es sind die großen Projektierer, die Investmentfonds und die Grundstücksbesitzer, die ihre Äcker für 50.000 Euro Pacht pro Windrad und Jahr zur Verfügung stellen.

Besonders perfide: Viele dieser Verpächter wohnen gar nicht mehr in den betroffenen Gemeinden. Sie kassieren aus der Ferne, während die Nachbarn die Zeche zahlen.

Der große Bluff mit den Arbeitsplätzen

Immer wieder hören wir das Märchen von den Arbeitsplätzen durch Windkraft. Die Realität sieht anders aus: Ein Windpark

mit 10 Anlagen schafft vielleicht 2-3 dauerhafte Jobs für Wartungstechniker. Die meisten davon gehen an spezialisierte Servicefirmen aus dem Norden.

Gleichzeitig verlieren Regionen ihre touristische Attraktivität. Wer will schon Urlaub zwischen 250 Meter hohen Industrieanlagen machen? Hotels schließen, Gastronomen geben auf, ganze Dörfer veröden.

Die ökologische Katastrophe

Was die Windkraft-Lobby verschweigt: Für jedes Windrad werden bis zu 5.000 Tonnen Beton in den Boden gepumpt. Fundamente, die niemals wieder entfernt werden. Zuwegungen zerschneiden Wälder, seltene Vogelarten wie der Rotmilan werden zu Tausenden geschreddert.

Und das alles für eine Technologie, die bei Flaute keinen einzigen Kilowatt liefert. In Bayern stehen die Räder durchschnittlich 70% der Zeit still. Dafür opfern wir unsere letzten intakten Naturräume?

Das Nord-Süd-Komplott

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells ist nur ein Baustein in einem größeren Plan: Der Norden produziert den Strom, der Süden soll ihn teuer kaufen. Die geplanten Stromtrassen – SuedLink, SuedOstLink – sind nichts anderes als Gelddruckmaschinen für die Netzbetreiber.

Garantierte Renditen von 9% auf jeden investierten Euro, bezahlt vom Stromkunden. Während im Norden die Windräder sich drehen, sollen im Süden die Stromzähler rotieren.

Die versteckten Kosten

Niemand spricht über die wahren Kosten der Windkraft:

Wertverlust von Immobilien: Bis zu 30% Wertverlust für Häuser im Umkreis von 2 Kilometern

Gesundheitskosten: Schlafstörungen, Stress, psychische Belastungen durch permanente Geräusche

Infrastrukturkosten: Straßen müssen für Schwertransporte ausgebaut werden

Rückbaukosten: Pro Windrad 500.000 Euro – wenn die Betreiberfirma nicht vorher pleite geht

Der demokratische Betrug

Besonders bitter: Viele Gemeinden wurden mit falschen Versprechungen geködert. Man versprach Gewerbesteuereinnahmen in Millionenhöhe. Die Realität: Nach wenigen Jahren werden die Windparks an Briefkastenfirmen in Luxemburg verkauft. Die Gewerbesteuer fließt woanders hin, die Windräder bleiben.

Bürgerbeteiligung? Eine Farce! Bei den meisten Projekten dürfen Anwohner maximal symbolische Anteile zeichnen. Die echten Gewinne landen bei institutionellen Investoren.

Auch das Windkraft-Flächenziel wackelt

Und als wäre das noch nicht genug, haben Union und SPD noch einen zweiten Punkt im Koalitionsvertrag versteckt, der vielen Windkraft-Befürwortern schlaflose Nächte bereiten dürfte: Das ehrgeizige Ziel, bis 2032 ganze zwei Prozent der deutschen Fläche für Windräder freizugeben, soll auf den Prüfstand. Der Bundesverband Windenergie ist natürlich empört und meint, das sei viel zu früh – schließlich seien die meisten Flächen noch gar nicht ausgewiesen.

Aber mal ehrlich: Für unzählige Gemeinden und ihre Bewohner kann diese Überprüfung gar nicht früh genug kommen. Dieses starre Zwei-Prozent-Diktat ist doch völlig an der Realität vorbei! Da wird einfach beschlossen, dass jede Region – egal ob windig oder windstill – ihren Anteil an Windrädern abbekommen muss. Besonders absurd wird's in Süddeutschland, wo selbst an guten Tagen kaum ein Lüftchen weht. Trotzdem müssen die Kommunen krampfhaft Flächen ausweisen, koste es, was es wolle.

Viele Bürgermeister können ein Lied davon singen: Sie werden praktisch genötigt, ihre schönsten Wälder, Wiesen und Naherholungsgebiete für gigantische Windräder herzugeben – nur damit irgendeine Statistik in Berlin stimmt. Dabei weiß jeder vor Ort, dass diese Anlagen dort niemals wirtschaftlich laufen werden. Es ist höchste Zeit, dass dieser Irrsinn endlich hinterfragt wird. Wir brauchen keine Planwirtschaft bei der Energiewende, sondern gesunden Menschenverstand: Windräder gehören dorthin, wo auch Wind weht – und nicht in jeden Wald, nur weil's eine Quote zu erfüllen gibt.

Die Alternative wird totgeschwiegen

Warum redet niemand über dezentrale Lösungen? Photovoltaik auf jedem Dach, Kleinwasserkraft, Biomasse aus regionalen Quellen – all das wäre effizienter und bürgernäher als gigantische Windparks. Aber damit lässt sich kein großes Geld verdienen.

Was jetzt passieren muss

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells könnte der Anfang vom Ende des Windkraft-Wahns sein. Endlich würde sich zeigen, dass Windräder im Binnenland ökonomischer Unsinn sind.

Unsere Forderungen:

Sofortiger Stopp aller Windkraftprojekte in windschwachen Gebieten

Mindestabstand von 10H (10x Nabenhöhe) zu Wohnbebauung

Komplettes Verbot von Windkraft in Wäldern und Schutzgebieten

Rückbauverpflichtung mit Sicherheitsleistung VOR Baubeginn

Echte Bürgerbeteiligung mit Vetorecht für betroffene Gemeinden

Fazit: Der Kaiser ist nackt

Die mögliche Abschaffung des Referenzertragsmodells entlarvt die Windkraft als das, was sie schon immer war: Ein subventionsgetriebenes Geschäftsmodell auf Kosten von Natur, Landschaft und Lebensqualität.

Wenn selbst mit massiven Zuschlägen kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, sollten wir endlich den Mut haben zu sagen: Diese Technologie gehört nicht in unsere Kulturlandschaften.

Es ist Zeit, dass die schweigende Mehrheit aufsteht und NEIN sagt zu diesem Irrsinn. Bevor es zu spät ist und unsere Heimat endgültig zur Industrielandschaft verkommen ist.

Quellen/ Belege:

<https://www.schwaebische.de/wirtschaft/stoppt-ein-einziges-wort-die-windkraft-in-baden-wuerttemberg-energiewende-3490903>

Berichtet über die Passage im Koalitionsvertrag (Zeile 1042-1044): „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“

<https://www.bmwk-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/04/Meldung/direkt-erklaert.html>

Erklärt die Funktionsweise des Referenzertragsmodells

<https://www.agora-energiewende.de/publikationen/verguetung-von-windenergieanlagen-an-land-ueber-das-referenzertragsmodell>

Studie zur Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells

Millionengrab im Bayerischen Wäldern: Wie der Mega-

Windpark Natur und Steuerzahler ruiniert



Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO₂-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

Beton, Kosten, Folgeschäden

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für

jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für Generationen.

Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abgeregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

Wald-Windkraft ist politisch umstritten

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und

Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

Lokaler Widerstand formiert sich

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– **Simon Berleb** von der [Bürgerinitiative EjUn](#)

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die

wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– Martin Promesberger von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

Die nackten Zahlen am Ende:

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

Schlusswort & Handlungsaufruf

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

Quellen & Belege

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ($\approx 0,5$ ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich

Gefährdete Greifvögel im

Visier: Rotmilan-Vorkommen im geplanten Windkraftgebiet bei Pramersbuch entdeckt



Mitten im Herzen der niederbayerischen Kulturlandschaft spitzt sich ein grundlegender Zielkonflikt zwischen der dringend benötigten Energiewende und dem Schutz bedrohter Arten zu. Im Gebiet rund um Pramersbuch, wo die Errichtung mehrerer moderner Windkraftanlagen geplant ist, wurden in den vergangenen Wochen wiederholt Rotmilane (*Milvus milvus*) gesichtet – eine in Deutschland streng geschützte Greifvogelart, die als besonders windkraftsensibel gilt.

Die geplanten Windenergieanlagen, die jeweils eine Leistung von 7,2 Megawatt und eine Gesamthöhe von 261 Metern erreichen sollen, sind Teil eines groß angelegten Projekts zur Förderung erneuerbarer Energien in der Region Mengkofen. Ziel ist es,

klimafreundlichen Strom für mehr als 33.000 Haushalte zu erzeugen und die lokale Wertschöpfung zu stärken. Doch der Schutz der Artenvielfalt stellt die Planer vor erhebliche Herausforderungen.

Rotmilan: Ein Symbol für Bayerns Artenvielfalt

Der Rotmilan ist nicht nur ein faszinierender Greifvogel, sondern auch ein Symbol für die biologische Vielfalt Bayerns. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Art, da hier etwa die Hälfte des weltweiten Bestands brütet. Rotmilane sind auf strukturreiche Kulturlandschaften angewiesen, in denen sie ausreichend Nahrung und geeignete Brutplätze finden. Gerade diese Lebensräume sind jedoch zunehmend durch Infrastrukturprojekte wie Windkraftanlagen bedroht.

Präzise Nachweise durch engagierte Bürgerinnen und Bürger

In den letzten Wochen haben aufmerksame Anwohnerinnen und Anwohner mehrfach Rotmilane beim Jagen, Kreisen und Ruhen beobachtet. Die Beobachtungen wurden sorgfältig dokumentiert: Viele hochauflösende Fotos teilweise mit GPS-Koordinaten, Datum und Uhrzeit belegen eindeutig, dass sich die Tiere regelmäßig im betroffenen Areal aufhalten – und zwar nicht zufällig, sondern mit territorialem Bezug. Die Sichtungen deuten auf mehrere ortsansässige Paare hin.

Die Bürgerinitiative hat die Nachweise systematisch gesammelt und in Beobachtungsprotokollen festgehalten. Mehrere Personen haben die Aktivitäten der Rotmilane unabhängig voneinander bestätigt. „Die Tiere fliegen regelmäßig über die geplanten Standorte hinweg – teils genau auf Höhe der späteren Rotorblätter. Das ist ein klares Alarmzeichen“, erklärt Bürgerinitiative Pronatur. „Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Windkraft aus – aber nicht an Orten, wo sie streng geschützte Arten gefährdet.“

Gesetzliche Lage: Artenschutz als verbindliches Leitprinzip

Die rechtliche Situation ist eindeutig: Nach dem Bundesnaturschutzgesetz und dem europäischen Naturschutzrecht dürfen Windkraftanlagen nicht in Gebieten errichtet werden, in denen windkraftsensible Arten wie der Rotmilan regelmäßig vorkommen. Das sogenannte „Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten empfiehlt einen Mindestabstand von 1.000 bis 1.500 Metern zu einem Horst. Darüber hinaus ist das gesamte Umfeld – insbesondere in einem Radius von bis zu 3.000 Metern – auf bedeutende Jagdhabitats zu prüfen. Wird eine erhebliche Kollisionsgefahr festgestellt, ist das Vorhaben in der Regel nicht genehmigungsfähig.

In Bayern wurden bereits zahlreiche Windkraftprojekte aufgrund nachgewiesener Rotmilan-Vorkommen untersagt oder gestoppt. Auch technisch gesteuerte Abschaltzeiten gelten aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht als ausreichend, sofern das Kollisionsrisiko insgesamt als erheblich eingestuft wird.

Energiewende und Naturschutz: Ein Balanceakt

Die Energiewende ist ein zentrales gesellschaftliches Ziel, das auch in der Region Mengkofen mit Nachdruck verfolgt wird. Die geplanten Windkraftanlagen sollen einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen leisten. Doch der Schutz bedrohter Arten wie des Rotmilans darf dabei nicht ins Hintertreffen geraten. Der Naturschutzbund (NABU) und andere Umweltverbände mahnen, dass die gesetzlichen Vorgaben konsequent eingehalten werden müssen und Ausnahmen nur in eng begrenzten Fällen zulässig sind.

Forderungen der Bürgerinitiative: Planungsstopp, Transparenz und unabhängige Gutachten

Angesichts der dokumentierten Rotmilan-Aktivitäten fordert die Bürgerinitiative einen sofortigen Stopp der aktuellen Windkraftplanungen im Gebiet Pramersbuch. Es sei unerlässlich,

zunächst ein unabhängiges, fachlich fundiertes Artenschutzgutachten in Auftrag zu geben, das die Situation vor Ort objektiv bewertet. Nur so könne sichergestellt werden, dass die streng geschützten Greifvögel nicht durch den Bau und Betrieb der Anlagen gefährdet werden.

Darüber hinaus setzt sich die Initiative für eine transparente Beteiligung der Öffentlichkeit im gesamten Planungsverfahren ein. Sämtliche gesetzlichen Vorgaben im Bereich Arten- und Naturschutz müssten konsequent eingehalten werden – ohne Abstriche und ohne voreilige Ausnahmen.

„Artenschutz ist kein Luxus, sondern ein gesetzlich verankertes Grundprinzip. Die Energiewende muss im Einklang mit dem Naturschutz stehen – nicht auf Kosten unserer letzten Greifvögel“, betont die Bürgerinitiative Pronatur.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob es gelingt, einen tragfähigen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Artenschutz zu finden – oder ob der Rotmilan zum Symbol eines ungelösten Zielkonflikts in der bayerischen Energiewende wird.